

## **GERMANY and BRITAIN: United in Diversity? Vereint in Verschiedenartigkeit?**

54. Königswinter Konferenz in Oxford

- **Deutsch-britischer Dialog ist unerlässlich, besonders in Zeiten weltpolitischer Veränderungen**
- **Belebung der europäischen Wirtschaft ist in erster Linie Aufgabe der Politik durch Strukturreformen**
- **Der EURO ist für Briten gegenwärtig kein Thema**
- **Der EU-Verfassung stehen Briten mit Distanz gegenüber**
- **Der Irak-Krieg hat zu einem tiefen Einschnitt im transatlantischen Verhältnis geführt, das jedoch für Europa weiter wichtig bleibt**
- **Für eine von den Deutschen angestrebte gleichberechtigte Partnerschaft EU-USA sehen Briten die erforderlichen politischen und militärischen Fähigkeiten bei der EU nicht**
- **Britischer Pragmatismus entschärft möglichen Konflikt zwischen wissenschaftlichem Fortschritt und ethischen Werten**

Unter dem Thema „Vereint in Verschiedenartigkeit“ fand vom 25. bis 27. März 2004 in Oxford die 54. Königswinter Konferenz statt. Sie brachte 100 Führungskräfte aus Parlament, Regierung, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien beider Länder zu einer lebhaften Diskussion aktueller Fragen zusammen. Angesichts der veränderten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen und Herausforderungen, denen sich unsere Länder durch Terrorismus, Friedenssicherung in Afghanistan, Irak und Nahem Osten, EU-Erweiterung, globalisierten wirtschaftlichen Wettbewerb und ungünstigen demographischen Entwicklungen gegenüber sehen, war die Frage nach den Gemeinsamkeiten hoch aktuell. Der langjährige deutsch-britische Dialog bewährte sich.

### **Das öffentliche Meinungsbild**

Zu Beginn stellte der Präsident von MORI, Robert Worcester, an Hand von Meinungsumfragen in beiden Ländern fest, dass sich die Wertschätzung füreinander 2002 und 2003 nicht verändert hat (60/100 in D, 54/100 in GB). In beiden Ländern hat sie dagegen gegenüber den USA abgenommen. Kriegerische Konflikte führen die Sorgenliste in beiden Ländern an (52/100 in D, 60/100 in GB); die Wirtschaftslage liegt für Deutsche auf dem zweiten Platz, für Briten erst auf dem vierten. Während in Deutschland die Arbeitslosigkeit als wichtigstes innenpolitisches Problem gesehen wird, ist es für Großbritannien Einwanderung und Beziehungen zwischen den ethnischen Gruppen. Der Globalisierung stehen beide Länder überwiegend positiv gegenüber. Bei EU-Fragen wird die größere Distanz der Briten zu Europa deutlich, besonders auch hinsichtlich einer gemeinsamen Außenpolitik.

### **Die Themen**

1. Wirtschaftsbelebung in Europa
2. Europa-Politik nach der EU-Erweiterung
3. Internationale Ordnung nach dem Irak-Krieg
4. Wissenschaftlicher Fortschritt und Werte

## 1. Wirtschaftsbelebung in Europa

Eine Kernfrage der Konferenz lautete: „Können wir die europäische Wirtschaft, besonders die deutsche, wieder in Schwung bringen – und was muss dafür geschehen?“ Das gegenwärtige schwache Wachstum in Europa muss gesteigert werden, vor allem um mit den aufstrebenden Staaten Asiens (Indien, China) und mit den USA künftig mithalten zu können. So übereinstimmend wie die Situationsdiagnose waren auch die Vorschläge zur Ankurbelung der Wirtschaft:

- a. Politikentwürfe und Gesetzesvorhaben müssen geeignet sein, Wachstum zu generieren.
- b. Arbeitsmärkte müssen nachhaltig liberalisiert werden. Ein überzogener Kündigungsschutz benachteiligt die zu Schützenden mehr als er ihnen hilft.
- c. Märkte müssen für den Wettbewerb geöffnet werden. Nur so kann Innovation gefördert werden.
- d. Das Ausbildungswesen in Europa muss schnell modernisiert werden.

So klar die Analysen ausfielen, so wenig klar und übereinstimmend konnte die Frage beantwortet werden: „Wie bewerkstelligen wir es, dass der Wandel, dass die Reformen schnell in Gang kommen?“ Doch soviel ist klar: Das „alte“ Europa muss schnell handeln, um vor allem im Wettbewerb mit Indien, China und den EU-Beitrittsländern mithalten zu können. Dazu müssen sich auch die politischen Kulturen ändern, die heute noch nicht genügend in der Lage sind, Strukturreformen so auf den Weg zu bringen, wie es aus ökonomischer Sicht erforderlich ist. Politiker müssen zu sehr auf Lobbyisten Rücksicht nehmen, die den Status Quo verteidigen. Sie werden dabei gestützt von einer Bevölkerung, der oft das Verständnis für die Notwendigkeiten der Reformen fehlt. Um dies zu ändern, muss die Kosten/Nutzen-Argumentation neu ausgerichtet werden. Zur Zeit stehen in den Debatten lediglich die gegenwärtigen Kosten und Nutzen im Blickfeld. Über die Auswirkungen auf die Zukunft wird zu wenig gesprochen. Man muss die Frage stellen: Sind die Bürger bereit, heute weniger Daseinsabsicherung in Kauf zu nehmen, damit mehr in die Forschung investiert werden kann, um unser System in der Lage zu halten, die Rente in 20, 30 oder 40 Jahren bezahlen zu können?

Ein Thema in den Debatten war die "deutsche Malaise". Die deutsche Wirtschaft kommt nicht auf Touren; damit leistet die wichtigste europäische Volkswirtschaft nicht das, was sie für den Kontinent, schon aus Eigeninteresse, an Dynamik erbringen sollte. Die Briten sehen ihr Wirtschaftssystem als Beispiel.

## 2. Europa- Politik nach der Erweiterung:

Die Debatte fand vor dem Hintergrund ungelöster europäischer Fragen und geopolitischer Unsicherheiten statt. Die jüngste Vergangenheit war gekennzeichnet von einem grundlegenden Dissens über die richtige Politik gegenüber dem Irak, von der Diskussion um den Stabilitäts- und Wachstumspakt und den Diskussionen über eine Europäische Verfassung. Europa sucht seine Position in der Welt. Und innerhalb der Europäischen Union formieren sich neue Führungskoalitionen. Aus deutscher Sicht spielt die Achse Paris-Berlin immer noch die tragende Rolle. Aus ihr wird nach britischer Einschätzung zunehmend ein trilaterales deutsch-britisch-französisches Führungsteam. Eine zentrale Rolle geben deutsche Diplomaten der EU-Verfassung für die evolutive Entwicklung der erweiterten EU und ihrer Entscheidungsmechanismen. Ihr stehen Briten mit Distanz und Skepsis gegenüber. Friktionen sind vorprogrammiert. Die Diskussionen in Oxford zeigten gleichwohl, dass gerade angesichts der vielfältigen Probleme nicht mehr zwischen deutschen und englischen Teilnehmern über die Unterschiedlichkeit der jeweiligen Politik-Ansätze, sondern über pragmatische Lösungen gesprochen wird. Aus deutscher Sicht kommt in Zukunft dem „Europäischen Außenminister“ eine besondere Bedeutung bei der Entwicklung der EU zu. Er solle und werde die einheitliche Stimme Europas sein, die bisher nach außen fehlte. Er soll die Meinungsunterschiede innerhalb Europas überbrücken und den Kontinent mit einer Stimme nach außen auftreten lassen.

### 3. Internationale Ordnung nach dem Irak-Krieg:

Die innereuropäischen und transatlantischen Zerwürfnisse über den Irak-Krieg haben zu einem Wendepunkt in den transatlantischen Beziehungen geführt. Die Bush-Administration hat von der bestehenden internationalen Ordnung, die auf internationalem Recht und dem VN-System beruht, zugunsten einer von den USA dominierten monopolen Weltordnung Abstand genommen. Es wäre falsch anzunehmen, dass eine künftige demokratische Regierung der einzigen Supermacht davon vollständig abrücken würde. Gleichwohl werden die USA Partner brauchen. Die transatlantischen Beziehungen werden in Zukunft von zwei in einem Spannungsverhältnis zueinander stehenden Komponenten geprägt: der Zusammenarbeit bei der Abwehr von gemeinsamen Bedrohungen und dem Wettbewerb bei Wirtschaft und Technologie. Die deutsche Seite strebt für die Zukunft eine gleichberechtigte europäisch-amerikanische strategische Partnerschaft an. Dies müsse im Hinblick auf Größe und Potential der EU eine Partnerschaft von Gleichen sein. Je einiger und fähiger die EU ist, umso mehr wird sie von den USA als Partner akzeptiert werden. Britische Vertreter zeigten sich skeptisch und wiesen darauf hin, dass eine solche Entwicklung nur eintreten könne, wenn Europa bereit sei, in seine Armeen und militärischen Fähigkeiten erheblich zu investieren – sonst bleibe die NATO trotz Europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine amerikanisch dominierte Veranstaltung. Der Hinweis darauf, dass sich der deutsche Verteidigungsminister auf absehbare Zeit mit einem real sinkenden Haushalt wird zufrieden geben müssen, blieb nicht aus. Britische Teilnehmer schätzten den Anspruch auf Gleichberechtigung mit Amerika als wenig realistisch ein. Die NATO-EU Zusammenarbeit ist in letzter Zeit enger und intensiver geworden. Ein strategischer Dialog mit den USA auf der Grundlage des EU Strategiepapiers ist erforderlich, um die Grundlage für ein gemeinsames Verständnis über das Herangehen an gemeinsame Bedrohungen ist erforderlich.

### 4. Wissenschaftlicher Fortschritt und Werte

Zum ersten Mal spielte die wissenschaftliche Forschung und ihre Einordnung in das Wertesystem der Gesellschaft eine Rolle im Königswinter Dialog. Der potentielle Konflikt mit dem Wertesystem der Gesellschaft, z.B. bei der Gen-Forschung und die Bedeutung der Forschung für die Wirtschaftskraft Europas war hierfür ausschlaggebend. Wir leben bereits heute in einer weitgehend von Menschen gestalteten „künstlichen Welt“. Wie Physik, Chemie und Elektronik das 20. Jahrhundert verändert haben, dürfte das 21. Jahrhundert von einer molekular-biologischen Revolution geprägt werden. Die Frage ist, ob wir die Gen-Forschung eher als Chance (britische Sicht) oder eher als Bedrohung unserer Gesellschaft (deutsche Sicht) verstehen. Dies ist bedeutsam für die gesellschaftlichen, die juristischen und die wirtschaftlichen Konsequenzen der Genforschung und des wissenschaftlichen Fortschritts überhaupt. Dem britischen Pragmatismus stand in der Diskussion die von Kant geprägte ethische deutsche Betrachtungsweise gegenüber. Es ging auch um die Stellung der Wissenschaftler in der Gesellschaft, die sich und ihre Arbeit häufig nicht anerkannt sehen. Sie müssen sich stärker in das gesellschaftliche und ökonomische Leben einbringen, um dann auch in ihrer Arbeit anerkannt zu werden. Dazu gehört auch ein höheres Maß an Transparenz wissenschaftlicher Arbeit. Wissenschaftler müssen die Öffentlichkeit davon überzeugen, dass sie helfen „Utopia“ die Tür zu öffnen.

## **Schlussbetrachtungen**

In seinen Schlussbemerkungen erinnerte Ministerpräsident a.D. Kurt Biedenkopf auf Jahrzehnte Königswinter-Konferenz zurückblickend daran, dass Deutsche und Briten im Interesse unserer Freiheit und unseres Friedens auch in Zukunft eng verbunden bleiben werden. Die europäische Identität könne und dürfe nicht gegen die USA definiert werden. Individuell wie auch gemeinsam in der EU müssten sich Deutschland und Großbritannien ihrer Verantwortung stellen, und zwar gemeinsam mit den USA.